

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe** hiermit die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Einzelplan 14 entsprechend der **Beschlußempfehlung** Drucksache 12/814. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Klaus Matthiesen [SPD]: Wo sind denn die GRÜNEN alle? - Gegenruf von der CDU: Die bereiten den Parteitag vor!)

Wer stimmt dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der **Einzelplan 14** mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **in zweiter Lesung angenommen**.

Ich rufe **Nummer 4** auf:

Einzelplan 11: Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung 12/811**, **eröffne** die **Beratung** und erteile Frau van Dintther für die Fraktion der CDU das Wort.

(B) **Regina van Dintther**¹⁾ (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der erste rot-grüne Haushalt des Frauenministeriums ist natürlich ein guter Anlaß, diese neuen Zeiten für Frauen in Nordrhein-Westfalen aus der Sicht der Opposition zu bewerten. Etwas erschwert ist diese Aufgabe natürlich dadurch, daß wir noch nicht so genau wissen, ob diese Beziehung noch über das Wochenende hält. Aber wir gehen davon aus, daß sich nach dem Wochenende die GRÜNEN doch wieder gefangen haben und daß der Haushalt in der Form, wie er jetzt vorliegt und mit den Änderungen, die in den Ausschüssen beschlossen wurden, verabschiedet wird.

(Lothar Hegemann [CDU]: Die werden dann auf Vordermann gebracht!)

- Ja, genau, das passiert schon.

Meine Damen und Herren, diese Koalition kostet dem Bürger viel, viel Geld. Ich muß sagen: Ich kann es nicht so ganz gut nachvollziehen, daß Herr Schleißer es zuläßt, daß in vielen Bereichen dieses Haushalts neue personalintensive Strukturen eingezogen werden, die in den meisten Fällen jedenfalls keinen breiten Nutzen für die Bürger unseres Landes bringen und die wir uns in diesen

Zeiten eigentlich nicht leisten können und auch nicht leisten sollten. Meine Kollegen, die heute morgen geredet haben, haben schon etliche Beispiele dieser neuen Klientelpolitik benannt, und wir werden auch nicht nachlassen, gerade bei diesem ersten rot-grünen Haushalt die Knackpunkte zu nennen.

Was nützen uns die schönsten Treppen zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik zum "Bündnis für Arbeit", wenn nicht jede einzelne Gruppe bemüht ist, anschließend die Hausaufgaben zu machen? Und die Hausaufgaben, die wir zu machen haben, liegen vor allem in der Aufgabe, die Staatsquote zu senken, und das heißt nichts anderes, als in den öffentlichen Haushalten äußerste Sparsamkeit walten zu lassen. Dabei sitzen wir hier in Nordrhein-Westfalen nicht in irgendeinem Parlament, sondern entscheiden als Abgeordnete des bevölkerungsreichsten deutschen Bundeslandes über einen 87-Milliarden-Etat, haben damit also eine große Verantwortung für das Ziel der Senkung der Staatsquote in Deutschland.

In dieser Zeit, in der eigentlich alle ahnen, daß der Sparzwang noch zunehmen wird, noch neue personalintensive Strukturen aufzubauen, ist schlicht und ergreifend unverantwortlich. Meine Damen und Herren, seien wir doch ehrlich: Wir tun uns doch alle miteinander schwer, im nachhinein Gelder zu streichen, Beratungsstellen zu schließen, einmal liebgewordene Förderungen mit Landesgeld wieder einzustellen. Selbst bei im Vorfeld ausdrücklich als Modellmaßnahmen gekennzeichneten Haushaltstiteln fällt es uns doch ungemein schwer, die Landesförderung zurückzuschrauben. Und wie oft mußte die höhere, eigentlich nur als Anschubfinanzierung gedachte Förderung beibehalten werden!

Gerade im Bereich Frauenpolitik ist es doch überhaupt kein Geheimnis, daß weder Frauenhäuser noch Regionalstellen "Frau und Beruf" überleben könnten, wenn nicht ein sehr, sehr hoher Landesanteil gezahlt würde.

(Beifall bei der CDU)

Und bei allen mit Personalkosten behafteten Förderungen wissen wir doch, daß es uns kaum noch gelingt, diese Haushaltsstellen einfach zu überrollen, sondern daß die Träger mit Recht mindestens die Personalkostensteigerungen von uns einfordern. Die ebenso knappen Kassen der Kommunen tun ihr übriges, den Druck auf uns Landespolitiker zu erhöhen.

(C)

(D)

(van Dinther [CDU])

- (A) Bei der Erfüllung der klassischen Aufgaben in dieser Landesregierung wissen Sie sehr wohl, daß zusätzliches Personal zusätzliches Geld kostet. Denn sonst hätten wir weder den Ärger an den Schulen um ausfallende Unterrichtsstunden oder Mehrarbeit durch Lehrer. Auch bei der Polizei, bei der Justiz und in den Finanzämtern sähe es anders aus.

Aber bleiben wir bei frauenspezifischen Themen. - Warum kommt die Landesregierung zum Beispiel ihrer Aufgabe nicht nach, die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen entsprechend dem Schlüssel, den das Bundesverfassungsgericht vorgegeben hat, weiter auszubauen? Selbst ein Stufenplan, in dem das Land schrittweise aufzeigen würde, wie diese Vorgaben irgendwann einmal erfüllt werden könnten, scheitert in Nordrhein-Westfalen schlicht und ergreifend am Geld. Um so mehr, meine Damen und Herren, wundert uns der vorgelegte Haushaltsplan und vor allen Dingen die nachträglich in den Ausschüssen beschlossenen Koalitionsanträge.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen, daß ich frauenpolitische Maßnahmen durchaus offensiv mittrage.

(Zuruf der Marianne Hürten [GRÜNE])

- (B) Aber ich muß schon erkennen, ob sie den Frauen im Land wirklich Nutzen bringen, ob eine Konzeption erkennbar ist, ob das Geld gerecht verteilt wird und ob zum Beispiel Pluralität in der Trägerlandschaft gewährleistet ist. Bei diesem Haushalt haben Sie mich mit vielen Anträgen nicht überzeugen können. Ich nehme einmal das Beispiel "Gewalt gegen Frauen und Kinder":

Die vierte Planstelle in den Frauenhäusern tragen wir mit, denn sie trifft durchaus den Bedarf. Jedenfalls in den großen Frauenhäusern haben wir personelle Engpässe. Da können Sie mit der Zustimmung der CDU rechnen. Aber ob zum Beispiel die 300 000 DM für eine Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaften der Frauen- und Mädchenhäuser und Frauenberatungsstellen gut ausgegebenes Geld sind, bezweifle ich. Dieses Geld würde ich lieber für diejenigen verwenden, die sich bei uns im Land um sexuell mißbrauchte Kinder kümmern.

Meine Damen und Herren! Mit diesen gerade von mir genannten Etatpositionen wollen wir jetzt, so plant es die Koalition, noch einen Kopf mitfinanzieren, einen Kopf für die drei - Sie hören richtig: drei - Mädchenhäuser in Nordrhein-Westfalen.

Diese Mädchenhäuser befinden sich noch in der Modellphase. Das heißt, die Modellphase ist noch nicht abgeschlossen, aber jetzt schon muß ein Kopf her. (C)

Dabei arbeiten im Land zahlreiche Vereine und Institutionen an dem Thema sexueller Mißbrauch an Kindern. Das sind vor allen Dingen sehr kleine Einheiten in einer riesigen Trägervielfalt, deren Finanzierung zum von einem Monat zum anderen gesichert werden muß. Diese ehrenamtlichen Helferinnen schildern mir, wie sie Mark für Mark zusammenbetteln müssen. Jeder Richter, jeder Staatsanwalt wird aufgesucht, damit die Strafgeelder in die Vereinskassen fließen und die Beraterinnen von Monat zu Monat ihren Lohn erhalten können. Viele dieser Vereine werden mit weniger als 50 % der Kosten von den Kommunen finanziert. Der Rest muß tatsächlich zusammengebetzelt werden. Die Frauen erzählen, daß der Vereinsname oft geändert werden muß, damit in der Spendenbescheinigung nicht die Formulierung "sexueller Mißbrauch" auftaucht. - Keine Rede von Landeszuschüssen, erst recht keine Rede von einer Konzeption auf Landesebene zum Thema sexueller Mißbrauch an Kindern!

Gerade hatten wir die Vertreter der Erziehungsberatungsstellen und der Ehe- und Familienberatungsstellen zu Gast. Auch diese Beratungsstellen arbeiten an diesem Thema. Auch sie sind in den letzten Jahren höchstens von Haushaltsüberrolung betroffen worden, haben also steigende Personalkosten nicht ausgeglichen bekommen. In dem Bereich werden jetzt neue Strukturen aufgebaut. Aber das Geld landet nicht an der Basis, wo es eigentlich für diese Probleme benötigt wird. (D)

Ich mache weiter bei dem Posten Netzwerk "Frauen mit Behinderungen". Dafür waren zunächst 100 000 DM vorgesehen.

(Roland Appel [GRÜNE]: Und das stört Sie?)

Dagegen hätten wir sicher nichts gehabt. Jetzt sind aber 370 000 DM vorgesehen.

Meine Damen und Herren! Ich habe ebenso wie unser Präsident Ulrich Schmidt sehr viele behinderte Freundinnen und Freunde in meinem Bekanntenkreis, weil ich nämlich aus einer Stadt komme, in der die - ehemals Orthopädischen Anstalten, heute die - Evangelische Stiftung in Volmarstein ist. Mein Bruder lebt sogar mit einem spastisch gelähmten jungen Mann in einer Wohngemeinschaft zusammen. Auch die Anhörung im letzten Jahr zum Thema Menschen mit Behinde-

(van Dinther [CDU])

(A) rungen habe ich vollständig miterlebt. Ich habe also keinen Nachholbedarf in dieser Frage.

Dennoch lautet meine Frage: Wen oder was wollen Sie denn mit diesen 370 000 DM finanzieren? Damit könnten wir so schön Ferienmaßnahmen für behinderte Menschen, mehr Taxifahrten für ein Mehr an Begegnungen in Kinos, Konzerten oder schlicht beim Eisessen organisieren. Was meinen Sie, wie viele Behinderte sich freuen würden, wenn sie einen privaten Telefonanschluß bekämen, gerade wenn sie in einer Einrichtung leben. Ich bezweifle sehr, daß ein Frauennetzwerk auf diese ganz einfachen Alltagssorgen eingehen kann. Und hoffentlich achten Sie bei der Einstellung des Personals wenigstens darauf, daß die Behindertenquote erfüllt wird; denn das wird ja ein Etat sein, der vor allen Dingen für Personalkosten ausgegeben wird.

Noch kurz - ich habe nur noch wenig Redezeit - zum Thema Regionalstellen "Frau und Beruf". Da wird jetzt auf 5,75 Millionen DM erhöht. Auch da wäre ich sehr froh, wenn ich wüßte, daß diese Regionalstellen tatsächlich die Mädchen erreicht, daß sie ein Ohr zum Beispiel bei den Arbeitgebern haben, und wenn die Regionalstellen eng mit den kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften zusammenarbeiten würden. Aber eine ordentlich ausgearbeitete Konzeption ist uns bisher zu diesem Thema leider noch nicht vorgelegt worden.

(B) Weiter mit dem Dienstleistungspool: Sie wollen 500 000 DM für die wissenschaftliche Begleitung und Koordinierung dieses Pools ausgeben. Ich halte Dienstleistungspools für eine hervorragende Sache; denn das Beschäftigungspotential in privaten Haushalten wird auf 870 000 Arbeitsplätze geschätzt. Das sind Arbeitsplätze, die wir dringend brauchen, und zwar für Frauen, die nicht so toll und positiv qualifiziert sind.

(Beifall bei der CDU)

Diese Frauen brauchen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Aber bevor wir hier in Nordrhein-Westfalen weiteres Geld für die wissenschaftliche Begleitung irgendwelcher Modelle ausgeben, helfen Sie doch zunächst einmal mit, die Rahmenbedingungen für Dienstleistungspools auch wirklich zu verändern. Da muß vor allen Dingen dieses schlimme Wort vom "Dienstmädchenprivileg" aus der Welt. Ich behaupte, daß wir auch in Bonn in dieser Frage schon viel weiter wären, wenn die SPD nicht in den letzten Jahren blockiert hätte.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau van Dinther! (C)

Regina van Dinther^{*)} (CDU): Ja, ich bin sofort fertig. - Eine wissenschaftliche Begleitung nützt uns nichts, wenn wir nicht die Rahmenbedingungen ändern. Die Schwarzarbeit in den Haushalten wird weiter bleiben, wenn wir nicht die steuerliche Absetzbarkeit hinbekommen und wenn wir nicht zu Verwaltungsvereinfachung kommen.

Meine Damen und Herren, ein Positives - ich muß jetzt etwas straffen -: Wir befürworten sehr die geregelte Grundschule. Wir finden, das ist ein Meilenstein im frauenpolitischen Sinne. Das tragen wir mit.

Wir sind auch bereit, in den nächsten Jahren positiv Frauenpolitik hier mitzugestalten. Aber daß wir den Haushalt in diesem Jahr ablehnen müssen, verzeihen Sie uns bitte; das hätte die SPD im Jahre 1995 auch getan.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Speth das Wort. (D)

Brigitte Speth^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau van Dinther, ich habe Sie bei vielen Debatten erlebt, aber ich habe Sie selten so scharf erlebt. Wir hatten in unserem Frauenausschuß in vielen Punkten Konsens erzielt, und diese Konsense haben Sie interessanterweise heute in Frage gestellt. Das ist das erste, was auffällt.

Das zweite ist - das wird das Hohe Haus wahrscheinlich nicht wissen, und deshalb sage ich es hier -, daß Sie im Ausschuß an der Beratung nicht teilgenommen haben.

(Roland Appel [GRÜNE]: Hört, hört!)

Ich verstehe, daß Sie sich darüber geärgert haben, daß die Koalition ihre Anträge spät eingebracht hat. Das habe ich verstanden, und das habe ich Ihnen auch zugestanden.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Speth, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin van Dinther?

(A) **Brigitte Speth**^{*)} (SPD): Ich nehme an, daß ich ihre Frage schon selber beantwortet habe, ich lasse sie aber gerne zu.

Regina van Dínther^{*)} (CDU): Wir haben deshalb an der Beratung und der Abstimmung nicht teilgenommen, weil es uns als Tischvorlage vorgelegt wurde und das natürlich auch nicht dem Stil entsprach, den wir bisher gewohnt waren.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das war keine Zwischenfrage.

Brigitte Speth^{*)} (SPD): Es war zwar keine Zwischenfrage, aber ich habe fast damit gerechnet, und ich möchte es erklären:

Wir haben Ihnen zugestanden, daß die Anträge spät gekommen sind. Wir haben mit Ihnen aber auch darüber diskutiert, welche Chancen wir haben, um gemeinsam die Anträge zu beraten, und wir haben vorgeschlagen, daß wir die Ausschusssitzung für eine Weile unterbrechen. Sie selber hatten einen einzigen Antrag vorgelegt, und wir hatten ca. zehn Anträge. Wir hätten sie gut im Ausschuß beraten und sogar diskutieren können. Wir haben in der Vergangenheit häufig das Verfahren erlebt - Frau Hürten, Sie werden mir diese Bemerkung verzeihen -, daß die GRÜNEN sehr spät ein Bündel von Anträgen eingereicht haben, wir aber trotzdem in der Lage waren; eine vernünftige Ausschußberatung zu machen.

(B)

Nun wollen Sie uns aber katholisch machen, indem Sie auf den Haushalt hinweisen. Ich will Ihnen etwas sagen: Die Bedingungen des Haushalts, die im Koalitionsvertrag festgelegt worden sind, haben dieser Haushaltsentwurf und die Änderungsanträge erfüllt. Mehr noch: Wir sind im Frauenbereich vernünftig mit dem Geld umgegangen, und jeder Antrag ist gedeckt; das wissen Sie.

Sie beklagen aber auch die Anträge an sich. Sie haben gesagt, daß Sie nichts gegen die Schaffung einer vierten Stelle bei den Frauenhäusern haben. Das finde ich auch gut, weil die Frauenhäuser überbelastet sind. Sie brauchen die vierte Stelle, und ich bin sehr dankbar, daß das schon im Regierungsentwurf festgelegt wurde. Insofern war es nicht nötig, diesbezüglich einen Änderungsantrag zu stellen.

Nun haben Sie die Regionalstellen "Frau und Beruf" genannt. Die Regionalstellen "Frau und Beruf" haben gerade vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit - bei der Ihre Kollegen in Bonn offensichtlich auch beim "Bündnis für Arbeit" versagen - für nicht erwerbstätige Frauen oder für Frauen, die eine lange Familienphase hinter sich haben und wieder in den Beruf einsteigen wollen, oder für Frauen, die eine neue Qualifikation brauchen, um eine vernünftige Berufstätigkeit zu finden, eine hohe Bedeutung. Weil das so ist und weil wir die Frauenerwerbstätigkeit fördern wollen, haben wir diesem Instrument der Regionalstellen - dies ist übrigens gar kein neues Instrument, sondern die Fortführung eines altbekannten Instrumentariums mit großem Erfolg in den Regionen - zugestimmt und gesagt, daß wir hier deutlich erhöhen wollen. Wir wollen das Geld für folgende Zwecke verwenden:

(C)

Erstens. In den Regionen, in denen es dieses Instrument noch nicht gibt, wollen wir die Regionalstellen als ein arbeitsmarktfähiges Instrument einrichten.

Zweitens. Wir wollen dort, wo es Personalmangel gibt, die Regionalstellen verstärken.

Drittens. Wir wollen alle Regionalstellen zu einem wirklich regionalen Konzept umbauen; das wissen Sie auch.

(D)

Ich weiß nicht, ob Sie die Frauenberatungsstellen gemeint haben. Diesbezüglich gibt es ebenfalls einen Erhöhungsantrag von ca. 1 Million DM.

Wir sind uns alle darüber einig, daß Frauenberatungsstellen - und beim letzten Mal haben Sie einen solchen Erhöhungsantrag übrigens mitgetragen - in Nordrhein-Westfalen notwendig sind und eine wichtige Ergänzung zwischen Frauenhäusern, Regionalstellen und Mädchenhäusern darstellen.

Es gibt auf der Landkarte von Nordrhein-Westfalen noch einige weiße Flecken, wo es noch keine Frauenberatungsstellen gibt. Dies betrifft insbesondere den ländlichen Raum, und wir wollen Frauenberatungsstellen gerade dort verstärken.

Sie haben sich gegen Mädchenhäuser gewehrt; es gibt nur drei. Ich habe verstanden, daß Sie sich nicht grundsätzlich gegen Mädchenhäuser wehren. Wir wissen aber, daß gerade Mädchen, die von sexueller Gewalt oder auch Gewalt betroffen sind, eine Heimat, eine Anlaufstelle brauchen. Weil das so ist, wollen wir die Mädchenhäuser verstärken, und ich halte das auch für richtig.

(Speth [SPD])

(A) Vielleicht haben Sie etwas anderes gemeint; etwa die Ausstiegshilfe für Prostituierte, die zwar aufgeführt, aber nicht genannt wurde. Diese Ausstiegshilfe ist in der Tat neu, und ich wünsche mir ein Landeskonzept, das den Prostituierten hilft, die aus ihrer Tätigkeit aussteigen wollen; dazu brauchen sie nämlich Hilfe. Das Geld ist meiner Meinung nach gut angelegt, vorausgesetzt, wir finden ein gutes Konzept, das auf Landesebene trägt.

Warum wehren Sie sich gegen die Landesarbeitsgemeinschaft der Mädchenhäuser, der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen? - So steht es nämlich im Änderungsantrag. Wissen Sie überhaupt, was diese Frauen, die dort arbeiten, zu leisten haben? Sie müssen doch irgendwann einmal eine Chance erhalten, sich zum Beispiel weiter zu qualifizieren, sich weiterzubilden oder auch nur - in Führungsstrichen - den fachlichen Austausch mit anderen Frauen aus vergleichbaren Beratungsstellen zu erhalten. Dafür ist die Landesarbeitsgemeinschaft der entsprechenden Einrichtungen da. Es geht nicht darum - um hier einmal den Unterschied deutlich zu machen -, daß es eine Landesarbeitsgemeinschaft sind zur Zeit der Mädchenhäuser gibt. Denn in der nicht geförderten Landesarbeitsgemeinschaft sind zur Zeit nur fünf Gruppen organisiert. Wir wollten dieses Spektrum aber breiter fassen.

(B) Netzwerk "Frauen mit Behinderungen": Das ist mit dem Nachtragshaushalt ein neuer Teil gewesen. Nun sage ich Ihnen etwas aus eigener Erfahrung: Wir hatten im vorigen Jahr eine Veranstaltung zum Thema Frauen im Sport. Dies war eine Veranstaltung der sozialdemokratischen Frauen, auf der unterschiedliche Gruppen ihre Erfahrungen mit dem Sport vorgelegt haben. Dabei war für mich der Bericht einer Frau, die ihrerseits mit Frauen mit Behinderungen und Sport zu tun hatte, das Beeindruckendste.

Was sie uns zu vermitteln versuchte, war, wie schwierig es für Frauen mit Behinderungen ist, sich im Sportbereich - um ein Beispiel zu nennen - zurechtzufinden. Noch viel gravierender war - und das hat in mir nachhaltigen Eindruck hinterlassen -, welchen sexuellen Belästigungen behinderte Frauen ausgesetzt sind, ohne sich wehren zu können. Wenn das nicht eins unserer Themen werden kann, und wenn wir dabei nicht helfen können, wollen oder dürfen, insbesondere bei diesem Netzwerk, das sich gebildet hat und eine gute Anlaufstelle ist, dann weiß ich nicht, an welchen Stellen wir helfen sollen.

(C) Meine Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf mit seinen Änderungsanträgen hat aus meiner Sicht zwei wichtige Schwerpunkte.

Der eine Schwerpunkt ist, alles zu tun, um Frauen, die von Gewalt, Armut und sexueller Belästigung betroffen sind, zu helfen. Dazu zählen auch die Frauen, die vom Handel mit ausländischen Frauen betroffen sind.

Der zweite Schwerpunkt - er ist mindestens genauso wichtig - betrifft alles, was mit Arbeitsmarkt zu tun hat. Dazu habe ich ein Element genannt: die Regionalstellen "Frau und Beruf". Aber ich würde gern noch auf ein zweites eingehen, nämlich auf den Dienstleistungspool. Frau Dinther hat ihn auch genannt. Dazu muß ich als erstes loswerden, daß die CDU mit ihrem Erhöhungsantrag - sie hat sich dann interessanterweise wieder an der Diskussion beteiligt - den Übermittagsbereich mit 1 Million DM hat verstärken wollen. Interessant war aber dazu der Kürzungsvorschlag. Die Deckung sollte nämlich gerade aus dem Bereich "Landesinitiative für Chancengleichheit" genommen werden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Hört, Hört!)

(D) Wir sind der Auffassung, daß diese Landesinitiative für Chancengleichheit und der Dienstleistungspool mit der Beschäftigung von Frauen zu tun haben. Den Dienstleistungspool haben Sie angegriffen, zwar nicht grundsätzlich, sondern wegen der Expertisen.

Ich glaube, daß Problem ist so schwierig zu lösen, daß wir solche Expertisen dringend benötigen. Wir alle erinnern uns an die Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Frauenausschuß. Die haben nämlich gesagt, das Hauptproblem bei dem von Ihnen vorgeschlagenen Dienstleistungsscheck, bei unserem Dienstleistungspool liegt darin, daß die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, also die unterhalb der 590-DM-Grenze, verdammt noch einmal nicht abgeschafft sind. Die Bundesregierung hat sich dazu kürzlich wieder geäußert. Sie will sie nicht abschaffen.

Weil das so ist, haben wir ein Problem mit der Marktfähigkeit von diesen Dingen. Deshalb brauchen wir dazu in der Tat Rat. Wir brauchen Hilfe; denn wir wollen das Geld nicht in den Wind schreiben, sondern einen vernünftigen Dienstleistungspool, bei denen die Frauen angestellt und erstens aus illegaler Beschäftigung herausgeführt und zweitens in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen beschäftigt werden. Und

(Speth [SPD])

- (A) drittens sollen sie auch noch die Möglichkeit bekommen, sich während ihrer Beschäftigung zu qualifizieren, um möglichst auch noch andere Berufe ergreifen zu können. Ich finde, dieser Dienstleistungspool ist erstens ein guter Ansatz. Zweitens werden wir noch viel daran arbeiten müssen, damit er erfolgreich wird. Ich glaube, daß unsere beschäftigungspolitischen Maßnahmen im Frauenbereich in der Tat auf Dauer tragfähig sein werden, um mehr Frauen zur Beschäftigung zu verhelfen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Kollegin Hürten das Wort.

Marianne Hürten (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir uns den vorliegenden Haushaltsentwurf des Gleichstellungsministeriums und die in der Beschlußvorlage enthaltenen Änderungsanträge ansehen, kann man klipp und klar sagen: Rot-Grün zahlt sich für die Frauen im Lande aus. Ich betone das deshalb ausdrücklich, weil die Rede von Frau Dinther hier sehr deutlich gemacht hat: Rot-Schwarz wäre für Frauen in Nordrhein-Westfalen eine denkbar schlechte Alternative.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bereits der Ansatz für die Gesamtausgaben im Kapitel 11 030 des Haushaltsentwurfs konnte um rund 7 Millionen DM im Verhältnis zum Haushaltsansatz 1995 gesteigert werden. Das ist ein Plus von 36 %.

Mit dem nun vorliegenden Antragspaket kommen noch einmal rund 8,2 Millionen DM dazu. Das heißt, im ersten Haushalt der rot-grünen Koalition können die Ausgaben des Gleichstellungsministeriums im Vergleich zum letzten Jahr der absoluten SPD-Mehrheit um insgesamt 15 Millionen DM oder 79 % gesteigert werden. Das ist zumindest prozentual eine gewaltige Steigerung, aber - und auch das muß an der Stelle gesagt werden - im Verhältnis zum Gesamthaushalt ist es nach wie vor ein lächerlich kleiner Betrag.

Lassen Sie mich dazu einen konkreten Vergleich anstellen: auf der einen Seite den durch das Antragspaket verstärkten Ansatz des Gleichstellungsministeriums und auf der anderen Seite

die Mittel für den zwischen SPD und GRÜNEN umstrittenen Ausbau des Dortmunder Flughafens. Was stellen wir bei diesem Vergleich fest? Die SPD-Fraktion ist bereit, für die sogenannte Modernisierung eines einzigen regionalen Geschäftsflughafens unter Einbeziehung der EU-Mittel über 20 Millionen DM mehr auszugeben, als sie Frau Ridder-Melchers für sämtliche Frauenprojekte und Gleichstellungsaufgaben in einem ganzen Jahr zugesteht.

(C)

(Oliver Wittke [CDU]: Seien Sie froh, daß Herr Clement nicht mehr da ist!)

- Ich wäre froh, er wäre da. Ich finde, er könnte es ruhig hören.

Nun wissen wir alle: Nicht nur über den Haushalt des Gleichstellungsministeriums werden Maßnahmen für Frauen finanziert. Nach meiner Auswertung der Beilage zum Einzelplan 11 war geplant, 58,5 Millionen DM für unmittelbar frauenpolitische oder frauenfördernde Maßnahmen im gesamten Landeshaushalt auszugeben. Auch hier haben wir schon im Entwurf eine deutliche Steigerung von fast 20 Millionen DM zu verzeichnen, und auch hier können durch das vereinbarte Antragspaket noch einmal über 26 Millionen DM - das sind hier fast 45 % - für unterschiedliche eindeutig Frauen zugute kommende Maßnahmen dazukommen. Ein schöner Erfolg, ein eindeutiges Plus für Frauen durch Rot-Grün!

(D)

Ich will daher auch von dieser Stelle meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen danken, die in vielen zählenden Verhandlungen diese zusätzlichen Mittel für Frauen erstritten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zu den positiven Punkten im einzelnen - sie sind ja hier schon kontrovers diskutiert worden -: Wir wollen die Maßnahmen in dem Bereich Gewalt gegen Frauen und Mädchen verstärken, der nach wie vor ein sehr dunkles Kapitel in unserer Gesellschaft darstellt. Wir wollen die unterstützenden Einrichtungen weiter ausbauen. Mindestens neun weitere Frauenberatungsstellen sollen dieses Jahr mit dem neuen Ansatz gefördert werden. Damit können endlich die großen Lücken im ländlichen Raum geschlossen werden, und auch große Flächenkreise können besser versorgt werden.

Die Förderung von Zufluchtsstätten für sexuell mißbrauchte Mädchen soll ausgebaut werden. Aber auch mit den zusätzlich veranschlagten 400 000 DM wird es nur möglich sein, weitere

(Hürten [GRÜNE])

- (A) einzelne Modellprojekte oder auch Notschlafstätten zu fördern.

Wir benötigen endlich klare Regularien, damit es zu einem bedarfsdeckenden Ausbau an Beratungsstellen sowie Zufluchtsstätten für sexuell mißbrauchten Mädchen, aber auch mißbrauchte Jungen kommen kann. Daher bitte ich die Landesregierung, uns möglichst bald einen Entwurf zum Dritten Ausführungsgesetz zum KJHG vorzulegen, damit wir in diesem wichtigen Bereich zu klaren Vorgaben sowie einer Regelfinanzierung für die notwendigen Einrichtungen kommen können.

Erstmals werden Landesmittel zur Förderung der hier von Frau van Dinther kritisierten gemeinsamen Geschäftsstelle - ich betone das Wort "gemeinsam" - der verschiedenen Landesarbeitsgemeinschaften, die im Bereich von Gewalt gegen Frauen und Mädchen aktiv sind, zur Verfügung gestellt. Dabei handelt es sich um die Landesarbeitsgemeinschaften der Autonomen Frauenberatungsstellen, der Frauenhäuser, der Mädchenhäuser und aus unserer Sicht auch der Notrufe.

Professionalisierte Vernetzung ist zum Austausch von Erfahrungen und Informationen, zur Weiterentwicklung der Konzepte und zur Organisation und Durchführung von Fachtagungen wichtig. Wir betrachten die eingestellten 300 000 DM daher als den Einstieg in eine Förderung, bei der auch geprüft werden soll, ob die Vernetzung aller an diesem Thema arbeitenden Einrichtungen sinnvoll und möglich ist. Wir hoffen, daß gerade auch die schwächeren, noch nicht geförderten Einrichtungen von dieser Vernetzung profitieren.

- (B) Behinderte Frauen! Sie sind doppelt diskriminiert und in mehrfacher Hinsicht Gewalt ausgesetzt. Vor allem geistig behinderte Frauen sind etwa viermal so häufig Opfer sexueller Gewalt. Zufluchtsstätten und Beratungsstellen sind für sie aber kaum zugänglich. Das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft wird behinderten Frauen genauso abgesprochen wie das Recht auf weibliche Assistenz oder Pflege.

Die Chance auf eine Ausbildung oder Berufstätigkeit ist selbst für behinderte Männer etwa dreimal so hoch wie für behinderte Frauen. Wir wollen mit der deutlich verstärkten Förderung des Netzwerks "Behinderte Frauen" helfen, erste Maßnahmen zu starten und vor allem die Konzeptentwicklung und Artikulationsfähigkeit sowie -möglichkeit dieser Frauen zu unterstützen. Wir hoffen, daß die entwickelten Maßnahmen nächstes Jahr in das Gesamtkonzept für Behinderte in Nordrhein-Westfa-

len einfließen können, damit wir nicht wieder im nachhinein feststellen müssen: Maßnahmen für Frauen sind nur unzureichend mit berücksichtigt. (C)

Auch Menschenhandel - ob als Heiratshandel oder zur Zwangsprostitution - ist ein Segment von Gewalt, sexueller Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen. Anlässlich des Frauentags hat der DPWV darauf hingewiesen, daß in Nordrhein-Westfalen allein die Zahl der Zwangsprostituierten auf 5 000 geschätzt wird.

Auf einer Tagung der UNESCO wurde festgestellt, daß die Prostitution hinter Drogen- und Waffenhandel auf Platz drei im weltweiten Handel rangiert. Das ist Grund genug für uns, zumindest die fünf in Nordrhein-Westfalen bereits arbeitenden Beratungsstellen für betroffene Migrantinnen angemessen zu fördern und Mittel zur Schaffung von geschützten Wohnsituationen für die betroffenen Frauen bereitzustellen.

Weder für ausländische Ehefrauen ohne eigenes Aufenthaltsrecht, die der Ehegatte vielleicht nach ein oder zwei Jahren einfach verstößt, noch für Frauen, die als illegale Prostituierte bei einer Razzia aufgegriffen werden, gibt es einen geeigneten Platz. Oft genug landen sie in kürzester Zeit in einer Abschiebehaftanstalt.

Wir sind der Meinung: Den Opfern von Frauenhandel müssen wir Beratung, Hilfe und eine geschützte Unterkunft anbieten, damit sie eine Chance haben, sich für ihr zukünftiges Leben zu orientieren. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein neuer Ansatz ist die Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Unterstützung von Prostituierten. Explizit genannt ist die Förderung des Ausstiegs aus der Prostitution.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bundesweit gibt es zwischen 200 000 und 400 000 Prostituierte. Allein in Köln gehen Fachleute davon aus, daß es mindestens 5 000 bis 8 000 Prostituierte gibt. Das wesentliche Problem der Betroffenen - abgesehen von den mangelnden Möglichkeiten zum Ausstieg - besteht darin, daß ihre Tätigkeit immer noch nicht als Beruf anerkannt wird. Daraus resultieren erhebliche Nachteile insbesondere in bezug auf die soziale Absicherung und die medizinische Versorgung.

Deshalb kann sich aus unserer Sicht die Unterstützung nicht auf die Ausstiegsförderung beschränken; sie muß vielmehr den breiten Ansatz der noch nicht so zahlreich existierenden

(Hürten [GRÜNE])

(A) Prostituierten-Selbsthilfegruppen und -beratungsstellen stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zunächst darauf konzentriert, Ansätze zu erläutern, bei denen ich teilweise Verständnislosigkeit oder eindeutige Ablehnung registriert habe, bei denen manchmal auch das böse Wort "Klientelpolitik" gefallen ist.

(Maria Theresia Opladen [CDU]: Das ist kein böses Wort, das ist ein wahres Wort!)

- Das ist kein wahres Wort! Ich betrachte mich nicht als Klientel von Prostituierten. Ich glaube es gibt einige Männer, die nicht hier im Saal sind, die eher dazuzurechnen sind als ich.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von den GRÜNEN: Sehr richtig! - Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

- Sie wissen, daß es neben der Hilfe für Frauen in besonderen Lebenslagen und Zwangssituationen ---

(Anhaltender Widerspruch bei der CDU)

- Sie wollen doch wohl etwa nicht, daß ich die Prostituierten hier im Lande dazu auffordere, irgendetwas zu veröffentlichen. Sie haben nämlich in bezug auf die Bundestagsauseinandersetzungen - dort haben die entsprechenden Initiativen einen Gesetzentwurf zur beruflichen Anerkennung ihrer Tätigkeit vorgelegt - angedeutet, daß sie dazu in bezug auf den Bundestag sehr wohl in der Lage wären.

(B) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Frau Hürten, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin van Dinther?

Marianne Hürten (GRÜNE): Ja, bitte.

Regina van Dinther¹⁾ (CDU): Frau Hürten, halten Sie es angesichts der Tatsache, daß hier Männer von jeder Fraktion sitzen und Gott sei Dank unserer Frauendebatte zuhören - das befürworten wir immer sehr -, wirklich für angemessen, diese Unterstellungen und Vorwürfe aufrechtzuerhalten? Ich finde, es steht einem Parlament überhaupt nicht an, so zu reden und solche Diffamierungen auszusprechen.

(Beifall bei der CDU)

(C)

Marianne Hürten (GRÜNE): Ich hatte das weder als Vorwurf noch als Unterstellung gemeint. Mir geht es um die verlogene Moral.

(Beifall bei den GRÜNEN und Beifall der Abgeordneten Dedanwala [SPD])

Allein an der statistischen Auswertung, wie viele Prostituierte es gibt, wie viele Kunden sie jeden Tag mit ihren Dienstleistungen "verwöhnen" - so will ich das jetzt einmal bezeichnen -, ist abzulesen, daß bei einem so großen Plenum Kunden von Prostituierten darunter sein müssen.

(Anhaltende Unruhe bei der CDU)

Ich möchte zu einem weiteren, uns sehr wichtigem Thema übergehen. Sie wissen, daß es für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein besonders zentrales Anliegen ist, die existenzsichernde Beschäftigung von Frauen zu fördern. Für uns ist der gleichberechtigte Zugang zur Erwerbsarbeit kein Luxus für bessere Zeiten, sondern gerade auch in Zeiten hoher Erwerbslosigkeit wichtig.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Kollegin Hürten, ich muß Sie an das Ende Ihrer Redezeit erinnern.

(D)

Marianne Hürten (GRÜNE): Es tut mir leid, daß ich wegen der Ausuferungen zu dem Punkt davor nicht mehr zu diesem wichtigen Teil komme. Lassen Sie es mich noch einmal kurz zusammenfassen - Frau Speth hatte es bereits angesprochen -: Die Regionalstellen "Frau und Beruf" sowie die Dienstleistungspools sind für uns wichtige Ansätze. Wir hoffen, daß wir sie - das gilt vor allen Dingen für die Regionalstellen - mit diesen verstärkten Ansätzen zu einem flächendeckenden Netz im Lande ausweiten können und warten dringend auf das Konzept, das in Richtlinienform von der Landesregierung recht bald verabschiedet werden soll.

Ich will abschließend noch einmal sagen: Das Paket insgesamt, das wir zwischen den Koalitionsparteien für den Frauenbereich vereinbaren konnten, ist für meine Fraktion zufriedenstellend. Ich hoffe, daß wir die Schwierigkeiten, die noch vor uns liegen, so meistern werden, daß wir auch

(Hürten [GRÜNE])

- (A) in den nächsten Jahren entsprechend gute, zukunftsweisende Pakete gemeinsam schnüren können. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Landesregierung erteile ich das Wort der Frau Ministerin Ridder-Melchers.

Ilse Ridder-Melchers, Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dies ist der erste ordentliche gemeinsame Haushalt in dieser Legislaturperiode, der hier beraten wird. Ich denke, daß er in der Tat deutliche Akzente setzt. Grundlage für das, was wir hier umsetzen, ist die Regierungserklärung und sind die Koalitionsvereinbarungen. Mit diesem Haushaltsplan wird deutlich, daß Landesregierung und Koalitionsfraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich darin einig sind, daß die Gleichstellungspolitik fortgesetzt wird und daß aktive Frauenförderung für uns selbstverständlich ist und weiter Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen bleibt.

- (B) Frau van Dinther hat hier ja alles Mögliche kritisiert. Ich will dazu ganz deutlich sagen: Jede Mark, die wir mehr für die Frauenförderung einsetzen, ist gut angelegtes Geld. Hier geht es um die berufliche Förderung von Frauen, um den Abbau von Diskriminierungen, um mehr soziale Gerechtigkeit für Frauen und Abbau von Gewalt. Ich denke, Frau van Dinther, daß dies gut angelegtes Geld ist.

Ich bin froh, daß viel neues Geld hinzugekommen ist, und zwar nicht nur im Haushalt der Frauenministerin, sondern auch in den anderen Haushalten. Ich denke, daß dies eine gute Grundlage ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin auch stolz, daß wir in Nordrhein-Westfalen sagen können: Wir haben gute Vorbedingungen geschaffen, wir haben eine gute Grundlage gelegt. Wir arbeiten weiter in Kontinuität und setzen neue Akzente. Ich hoffe, Frau Hürten - ich gebe Ihnen da gerne recht -, daß diesem Haushalt noch weitere gemeinsame Haushalte bis zum Jahre 2000 folgen werden.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen viele kommunale Gleichstellungsstellen. 90% der Kommunen haben welche. Wir haben ein flächendeckendes Netz von Frauenhäusern. Wir können jetzt in die

- (C) Förderung der vierten Stelle einsteigen. Wir haben ein Netz von Frauenberatungsstellen. Auch hier können wir neu fördern. Schließlich haben wir ein Netz von Regionalstellen.

Frau van Dinther, ich muß sehr deutlich sagen, daß ich es nicht begreifen kann, daß Sie die Arbeit dieser Stellen nicht kennen oder nicht kennen wollen. Ich habe gerade heute noch ein Gespräch mit einem Stadtdirektor gehabt, der gesagt hat, diese Stellen würden dringend benötigt, weil sie vor Ort für Frauen viel bewegen. Frau van Dinther, Sie müßten sich informieren und sollten sich ab und zu vor Ort begeben; denn dann hätten Sie die entsprechenden Erfahrungen.

Ich bedauere sehr, daß Sie heute hier einen solchen Rundumschlag gemacht haben. Ich hätte es für offener gehalten, wenn Sie den Mut gehabt hätten, hier konkrete Streichungsvorschläge zu machen, damit man einmal dingfest machen kann, wogegen Sie sind. Dann könnten wir das den Frauen im Land auch sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

Ich fände das etwas fairer.

- (D) Ich finde es auch seltsam, wenn Sie hier Krokodilstränen weinen, daß die Kommunen teilweise nicht mehr die Kofinanzierungsgelder haben. Dazu sollten Sie einmal nach Bonn gehen und denen sagen, sie sollten die Kommunen nicht so ausbluten lassen. Das wäre der richtige Weg.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von Antonius Rösenberg [CDU]: Nein!)

- Herr Rösenberg, kennen Sie nicht die Zusammenhänge? Diese Zusammenhänge muß ich Ihnen hoffentlich nicht noch erläutern.

(Antonius Rösenberg [CDU]: Sie nicht!)

Jetzt will ich noch etwas sagen zu dem, was zusätzlich und was neu im Haushalt ist. Ich will das ganz deutlich benennen: Hilfen für Beratung zum Beispiel für von Menschenhandel betroffene Frauen, Zufluchtswohnungen, Hilfen für ausstiegswillige Prostituierte, Maßnahmen gegen Gewalt, Informationsmaßnahmen, Fortbildungsmaßnahmen, Unterstützung des Netzwerkes "Behinderte Frauen".

Frau van Dinther, vielleicht sollten Sie sich doch einmal mit dem Netzwerk "Behinderte Frauen" beschäftigen. Das ist eine Selbstorganisation behinderter Frauen. Wir wollen ihnen nicht sagen, was sie machen sollen, sondern sie selbst sollen

(Ministerin Ridder-Melchers)

- (A) uns Vorschläge unterbreiten, was sie für behinderte Frauen und Mädchen für richtig halten. Wir werden dann mit ihnen darüber reden, wie wir die Gelder einsetzen. Wir wollen gerade nicht über deren Köpfe hinweg entscheiden, sie sollten vielleicht Ferienmaßnahmen durchführen. Nein, sie selbst sollen Vorschläge dazu entwickeln, was ihrer Meinung nach nötig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

Wir nehmen sie ernst, und wir wollen ihre Selbstorganisation unterstützen.

Ich sage hierzu noch einmal deutlich: Hier geht es nicht darum, irgendwelche Spielwiesen zu schaffen. Hier geht es darum, Frauen, die doppelt diskriminiert sind, zu helfen. Hier geht es um Menschenwürde, um den Abbau von Diskriminierung und um soziale Gerechtigkeit für Frauen. Das sollten wir noch einmal deutlich sagen.

Ich will jetzt nicht mehr so lange über die anderen Felder sprechen und nur noch einen Schwerpunkt nennen, der für uns ganz wichtig ist: Gleichstellungspolitik setzt dort an, wo es um die Sorgen und Nöte von Frauen geht. Auch für Frauen ist heute das zentrale Thema: Arbeitsplätze sichern, neue Arbeitsplätze schaffen, die Arbeitslosigkeit bekämpfen und die eigenständige Existenzsicherung von Frauen.

(B)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen mit dem Aktionsprogramm "Frau und Beruf" Zeichen gesetzt. Wir nutzen unsere Handlungsfelder, wir setzen die Förderprogramme für Frauen gezielt ein. Diese Gelder werden von uns weiterhin nutzbar gemacht.

Auch unsere Landesinitiative "Chancengleichheit im Beruf" setzt Akzente. Wir werden mit dieser Initiative, so denke ich, viele Unternehmen gewinnen und sie auch davon überzeugen, hierbei mitzumachen. Ein Teil der Betriebe sieht durchaus die Notwendigkeit, auch im eigenen Interesse etwas zu machen.

Ich nenne dazu nur unser Projekt "Tagesmütter in Nordrhein-Westfalen", das wir in Essen mit dem Verband alleinerziehender Mütter und Väter auf den Weg gebracht haben. Dabei finanzieren bei Tagesmütterprojekten erstmals Betriebe mit. Das Projekt ist so gut eingeschlagen - das macht deutlich, daß die Betriebe durchaus Interesse daran haben -, daß wir nach dem ersten Projekt Nachfolgeprojekte haben, und zwar immerhin schon in den vier Städten Aachen, Düsseldorf, Gronau und

Dortmund. Wir wollen im Rahmen unserer Landesinitiative Betriebe überzeugen, mitzumachen bei innovativen, familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen. Wir wollen dafür werben, daß sie zum Beispiel Tagesmütterprojekte oder andere Angebote der Kinderbetreuung mitfinanzieren.

Nun haben Sie noch kritisiert, Frau van Dinther, daß wir bei dieser Landesinitiative auch Geld einsetzen. Ich habe für diese Kritik überhaupt kein Verständnis. Ich will deshalb noch einmal deutlich sagen, was ich im Ausschuß gesagt habe.

Dies ist eine Gemeinschaftsinitiative der Landesvereinigung der Arbeitgeber, der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammern, des Westdeutschen Handwerkskammertages, der Wirtschaftsunioren, des Verbandes deutscher Unternehmerinnen und des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen. Daß wir dort im Rahmen unserer Initiativen nicht mit Hochglanz arbeiten und keine Öffentlichkeitskampagnen machen, sehen Sie an solchen Broschüren. Sie sehen auch, daß wir mit diesen Geldern, die wir einsetzen, Informationsveranstaltungen machen wollen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Ridder-Melchers, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ilse Ridder-Melchers, Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann: Ich gebe gleich das Wort frei. Ich möchte eben den Satz zu Ende sprechen. - Wir wollen im Rahmen dieser Kampagne Veranstaltungen durchführen, mit kommunalen Gleichstellungsstellen, mit Regionalstellen, Fachveranstaltungen mit Unternehmen, mit Betrieben, Handreichungen für Betriebe entwickeln, für Personalentscheider, für Betriebsrätinnen und Betriebsräte und vieles andere mehr. Wir wollen natürlich die Unternehmen auch beraten, wie sie es am besten machen können. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Ich denke, das Geld ist hier gut angelegt. Wir wollen nämlich möglichst viele Betriebe erreichen und zur Mitarbeit gewinnen. - Jetzt bin ich gern für eine Wortmeldung bereit.

Regina van Dinther¹ (CDU): Frau Ridder-Melchers, können Sie bestätigen, daß ich auch im Ausschuß nichts anderes erklärt habe, als daß wir es durchaus unterstützen und loblich finden, daß Sie diese Initiative unternehmen. Ich kenne das Falblatt, das Sie im Jahre 1995 herausgegeben haben. Sie haben die Initiative ja schon im Jahre 1995 ge-

(C)

(D)

(van Dinther [CDU])

(A) startet, sind mit Ihren Haushaltsmitteln aus dem Öffentlichkeitsmitteletat schon mit dieser Aktion angefangen und haben auch schon einiges bewegt. Diese Broschüre habe ich wirklich positiv zur Kenntnis genommen. Sie ist auch nicht in Hochglanz, das habe ich nie gesagt. Das Anliegen der CDU haben wir im Ausschuß nie anders dargestellt. Wir haben nur gesagt, daß wir weitere Zusatzmittel für Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich für etwas viel Geld halten, das für diesen Zweck veranschlagt wird.

Ilse Ridder-Melchers, Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann: Frau van Dinther, ich will nicht alles wiederholen, was ich im Ausschuß dazu erklärt habe. Wir haben dargelegt, wo wir die anderen Mittel einsetzen. Dann müssen Sie erklären, was wir nicht machen sollen. Ich bin gern bereit, mit Ihnen darüber zu streiten. Das Land Nordrhein-Westfalen ist ein großes Land. Wenn wir nur einen Teil von Betrieben erreichen wollen, wenn wir nur in allen Regionen des Landes irgendwelche Veranstaltungen organisieren wollen, kostet es eben ein paar Mark. Das ist kein Geld, das zu viel ist, sondern wir werden ganz schön sparsam haushalten müssen, um überhaupt etwas auf den Weg zu bringen.

(B) Lassen Sie mich zum Schluß einen Punkt aufgreifen, den ich besonders interessant fand und der in einer Form von Dialektik war, die ich einer Frau fast nicht unterstellen möchte. Frau van Dinther, Sie fordern hier ein, doch bitte schön Rahmenbedingungen für Frauen in privaten Haushalten zu schaffen. Die Frage dürfen Sie sich doch selbst stellen, wer dafür verantwortlich ist, daß wir in Bonn keine andere gesetzliche Grundlage für die Frauen bekommen, die ohne soziale Absicherung arbeiten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist wirklich eine Sache, die die CDU und die F.D.P. zu vertreten haben. Es ist schon eine Art von Dialektik, uns vorzuhalten, wir sollten Rahmenbedingungen schaffen.

(Zuruf des Peter Bensmann [CDU])

Daraus wird doch nur umgekehrt ein Schuh. Sehen Sie endlich zu, daß die in Bonn vernünftige Gesetze schaffen. Dann haben wir nicht über drei 3 Millionen Frauen in der geringfügigen Beschäftigung ohne soziale Absicherung. Das wird doch wohl höchste Zeit. Frau Nolte, unsere Bundesfrauenministerin, geht permanent auf Tauchsta-

tion und redet genauso dialektisch. Sie macht schöne Veranstaltungen, redet ein bißchen das "Wort zum Sonntag". An Worten sind genug, aber an Taten kommt nichts dabei heraus. Es wäre für uns auf Landesebene manchmal etwas einfacher, wenn diese Bundesregierung und diese Bundesfrauenministerin endlich bereit wären, Flagge zu zeigen und für einige gesetzliche Rahmenbedingungen für Frauen auf der Bundesebene zu sorgen. Da hätte sie alle Hände voll zu tun.

(Zuruf des Peter Bensmann [CDU])

Abschließend muß ich sagen: Ich kann die Kritik von Frau van Dinther ansonsten durchaus gelassen hinnehmen. Wenn sie meint, wir machen zu viel für Frauen, dann ist das ihre Einschätzung. Ich bin der Meinung, daß der Haushalt 1996 eine gute Grundlage ist. Er macht überzeugend klar, wie ernst uns das in Nordrhein-Westfalen gewesen ist und auch weiterhin bleiben wird, Gleichstellung in allen Feldern, im Erwerbsleben, bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und den Abbau von Diskriminierung zu erreichen.

Die Landesregierung hat mit ihrem Haushaltsentwurf Akzente gesetzt. Die Fraktionen haben gemeinsam weitere Akzente gesetzt und gemeinsam Ansätze verstärkt. Das ist eine gute Grundlage für die Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe** die **Beratung**, und wir kommen zur **Abstimmung** zum **Einzelplan 11** entsprechend der Beschlussempfehlung - Drucksache 12/811. Wer dem die Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Einzelplan 11 in der 2. Lesung mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

Stellenpläne

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung - Drucksache 12/800.

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile als erstem Redner für die CDU-Fraktion Herrn Bensmann das Wort.